

Stand: 02.05.2026 03:18:53

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/251

"Kommunale Bildungsregionen finanziell unterstützen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/251 vom 05.12.2013
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/1472 des BI vom 02.04.2014
3. Beschluss des Plenums 17/1574 vom 08.04.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 15 vom 08.04.2014



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Kommunale Bildungsregionen finanziell unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Förderprogramm aufzulegen, um die mit dem Gütesiegel bedachten kommunalen Bildungsregionen nicht nur ideell, sondern auch finanziell zu unterstützen. Jede kommunale Bildungsregion soll dabei entweder mit zusätzlichen Lehrerstunden oder einem finanziellen Äquivalent bedacht werden. Hinsichtlich der Höhe der finanziellen Unterstützung soll sich der Freistaat Bayern an dem Förderprogramm des Nachbarlandes Baden-Württemberg orientieren.

Begründung:

Bildungsregionen sichern die Zukunftsfähigkeit einer ganzen Region, da sie rechtzeitig auf den demografischen Wandel reagieren können und in diesem Zusammenhang tragfähige Konzepte mit allen beteiligten Bildungspartnern vor Ort entwerfen können. Damit diese vielfältigen Maßnahmen lokal und passgenau entstehen und langfristig bestehen können, brauchen die Bildungsregionen neben der ideellen auch eine finanzielle Unterstützung, damit die Bildungsregionen handlungsfähig sind. Ein eigenes bayerisches Förderprogramm wird auch vom Bayerischen Städtetag in Übereinstimmung mit der Aachener Erklärung 2007 und der Münchner Erklärung 2012 des Deutschen Städtetags als notwendig erachtet, um flächendeckend kommunale Bildungsregionen aufzubauen und damit die Bildungs- und Teilhabechancen für junge Menschen bayernweit zu verbessern.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger,
Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/251

**Kommunale Bildungsregionen finanziell unter-
stützen**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Dr. Hans Jürgen Fahn**
Mitberichterstatter: **Klaus Steiner**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 8. Sitzung am 20. Februar 2014 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 18. Sitzung am 25. März 2014 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den Antrag in seiner 10. Sitzung am 2. April 2014 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Martin Güll
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/251, 17/1472

Kommunale Bildungsregionen finanziell unterstützen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Klaus Steiner

Abg. Günther Felbinger

Abg. Margit Wild

Abg. Thomas Gehring

Staatssekretär Georg Eisenreich

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Kommunale Bildungsregionen finanziell unterstützen (Drs. 17/251)

Ich eröffne die Aussprache. Die Redezeit beträgt fünf Minuten pro Fraktion. Erster Redner ist Herr Kollege Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Inzwischen gibt es insgesamt 50 bayerische Landkreise und kreisfreie Städte, die sich auf den Weg gemacht haben, das Gütesiegel "Bildungsregion in Bayern" zu erwerben. Es handelt sich um Konzepte mit fünf vorgegebenen Säulen. Das wurde vor Ort mit allen Beteiligten vereinbart. Wie Sie wissen, sind die Landkreise und die Kommunen an pragmatischen Lösungen interessiert. Sie wollen die Regionen fit machen, um dem demografischen Wandel zu begegnen. Je nach Region sind das Herkulesaufgaben. Bildungsangebote sind ein wesentlicher Standortfaktor für junge Familien. Schülerinnen und Schüler wünschen sich einen passenden Abschluss, den sie wohnortnah absolvieren können. Außerdem wünschen sich Erwachsene ein gutes Bildungsangebot im Landkreis, das sie neben ihrem Beruf wahrnehmen können.

50 Landkreise haben kommunale Bildungsbüros eingerichtet und Bildungsbeiräte gegründet, um vor Ort Initiativen zu gestalten und zu organisieren. Ein solches Bildungsbüro haben viele Landkreise aus eigenem Antrieb eingerichtet, um vor Ort passgenaue Lösungen – darauf kommt es an – für die Region zu entwickeln. Es geht darum, vorhandene Ressourcen zu bündeln. Wie Sie sehen, gibt es bereits heute viele Bildungsbüros.

Wir wollen – darüber haben wir im Ausschuss diskutiert – keine bürokratischen Systeme aufbauen. Das sagte ein Abgeordneter der CSU im Bildungsausschuss, um damit seine Ablehnung zu begründen. Meine Damen und Herren, das Gegenteil ist der Fall.

Wir wollen eine bessere Vernetzung schaffen. Ein Bildungsbüro koordiniert viele Initiativen und baut Bürokratie in der Region ab. Deshalb verstehe ich das nicht. Ich bin auf die Aussage der CSU gespannt, welche bürokratischen Systeme sie meint.

Die Forderung unseres Antrags ist pragmatisch und orientiert sich an der Zukunft. Wir wollen, dass die Kommunen grundsätzlich mehr Gestaltungsmöglichkeiten erhalten. Allerdings – das gehört zur Wahrheit – sind dabei unsere Landkreise und Kommunen, wie so oft, auf sich allein gestellt. Derzeit vergibt der Freistaat Bayern das Gütesiegel "Bildungsregion in Bayern" und leistet damit ideelle Unterstützung, beteiligt sich jedoch nicht finanziell. Das ist das Problem. Wir sind der Meinung, Bildung ist eine staatliche Aufgabe. Meine Damen und Herren, darauf kommt es an.

Ein solches Förderprogramm gibt es in Baden-Württemberg. Allein schon mit dem Vergleich mit dem Bundesland Baden-Württemberg haben einige CSU-Abgeordnete Probleme. Sie sagen, wir sollten uns in der Bildungspolitik auf gar keinen Fall an Baden-Württemberg orientieren. Mit Rücksicht auf die CSU lege ich das rote Tuch Baden-Württemberg einmal weg und erwähne stattdessen einen anderen Interessenvertreter, den Bayerischen Städtetag. Der Bayerische Städtetag hat am 18. Oktober 2013 die Auflegung eines finanziellen Förderprogramms gefordert, um neben der ideellen auch eine finanzielle Unterstützung zu erhalten. Wie dies im Einzelnen aussehen könnte, haben wir in einem Antrag für den Nachtragshaushalt zusammengestellt. Ich erwarte, dass alle in diesem Hohen Hause die kommunalen Bildungsregionen unterstützen, nicht nur ideell, sondern auch finanziell. Meine Damen und Herren, darauf kommt es nämlich an.

Ich komme aus dem Raum Aschaffenburg. Die Stadt Aschaffenburg verfügt über ein Bildungsbüro als zentrale Anlauf- und Koordinationsstelle für Kindertagesstätten, Schulen und außerschulische Einrichtungen. In der Stadt Aschaffenburg geht es wie in vielen anderen Regionen um Kooperation und Vernetzung. Damit wird dem erheblichen Personalaufwand für die Einrichtung und Umsetzung der Bildungsregion Rechnung getragen.

Wir fordern die Staatsregierung auf, ein Förderprogramm aufzulegen, um die mit dem Gütesiegel bedachten kommunalen Bildungsregionen nicht nur ideell, sondern auch finanziell zu unterstützen. Meine Damen und Herren, jede kommunale Bildungsregion soll entweder mit zusätzlichen Lehrerstunden oder einem finanziellen Äquivalent bedacht werden.

Noch einmal: Ich bin auf die Argumente der CSU gespannt. Es geht nicht um zusätzliche Bürokratie, sondern um passgenaue Lösungen für die Region. Wir wollen keine neuen Strukturen schaffen, sondern lediglich die vorhandenen Strukturen mit einer bescheidenen Hilfe des Freistaats stärken und erhalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Als Nächster hat Kollege Steiner das Wort.

Klaus Steiner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Fahn, entweder haben Sie das Konzept der Staatsregierung immer noch nicht verstanden, oder Sie betreiben ein kommunales Schaulaufen; etwas anderes ist das nicht. Wir schauen lieber nicht so genau nach Baden-Württemberg. Der bildungspolitische Scherbenhaufen Baden-Württembergs taugt schlecht zum Vergleich.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Man kann sich doch ein Beispiel nehmen!)

Um was geht es bei dem Konzept der Bildungsregionen? - Die Bildungsregionen basieren im Wesentlichen auf ein paar Säulen. Das hat Herr Fahn bereits angesprochen. Dazu zählen schulische und außerschulische Bildungsangebote, die Vernetzung der Bildungsträger, die Stärkung der Bürgergesellschaft, die Jugendhilfe und die Jugendarbeit, die Ganztagsangebote sowie der generationenübergreifende Dialog. Außerdem soll für reibungslose Übergänge gesorgt werden.

Das Konzept des Kultusministeriums soll ein Anstoß sein.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Wer soll das alles organisieren?)

Mit diesem Anstoß soll ein Prozess aus der Region für die Region in die Wege geleitet werden, um individuelle Lösungen zu entwickeln und eine enge Zusammenarbeit zwischen Schulen, Kommunen und Bildungsträgern zu ermöglichen. Das ist die Überschrift des Ganzen. Wie geschieht das? - Im Rahmen von Dialogforen sollen mit allen Beteiligten Wege gefunden werden, um die Bildungsangebote zu vernetzen und die Qualität der Bildung zu verbessern. Das ist das Ziel der Bildungsregionen. Für die Kommunen wird ein passgenaues Bildungsangebot, wie Sie es bezeichnet haben, erarbeitet. Für die jeweilige Region werden passgenaue Ansätze entwickelt, um für junge Menschen vor Ort die Wahrnehmung der Bildungs- und Teilhabechancen zu optimieren. In der Zusammenarbeit zwischen den Akteuren vor Ort kann und wird es immer unterschiedliche Weg und Vorgehensweisen geben.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Das wissen wir alles, Herr Steiner! Kommen Sie endlich zum Thema!)

Dabei ist natürlich zu berücksichtigen, dass der Grundgedanke der Vernetzung in einer mehr oder weniger starken Ausprägung vielerorts bereits vorhanden ist. Bei uns im Landkreis Traunstein ist das beispielsweise so. Neu ist, dass mit dem Konzept der Staatsregierung Strukturen für die Entwicklungschancen unserer jungen Leute geschaffen werden. Wir müssen ein System finden, um die Bildungsakteure vor Ort zusammenzubringen. Dieser individuelle Ansatz ist das Kernstück des Konzepts. Ob die Regionen, die Landkreise und Städte in Bayern diese Angebote in Anspruch nehmen, ist der Entscheidung vor Ort vorbehalten. Das Konzept des Kultusministeriums soll nur eine Anregung sein. Es soll kein festgeschriebenes und vorgeschriebenes Programm sein.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Also nur ein Etikett!)

Deswegen ist eine umfassende Finanzierung durch den Freistaat Bayern der falsche Weg.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Also nur ein Türschild!)

Gewissermaßen geht es um Hilfe zur Selbsthilfe. Das ist entscheidend. Sie fordern jetzt wieder ein umfassendes staatliches Finanzierungskonzept und ein staatliches Programm. Das ist genau der falsche Weg. Der Weg ist der Vorschlag und das Konzept des Kultusministeriums. Wir müssen einen Anstoß geben. Herr Fahn, es hilft nichts, wenn Sie Ihre Forderungen in fast schildkrötenhafter Sturheit immer wiederholen und neu aufstellen. Natürlich sagt der Städtetag: Wenn wir Geld bekommen, nehmen wir es auch. Das sagen auch die Kommunen. Das ist aber nicht der Ansatz. So wird es draußen auch nicht verstanden.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Der weiß gar nicht, um was es geht!)

Die Kommunen gehen diesen Weg. Sie sagen es auch richtig: 50 sind es bereits, und es werden mehr werden. Wer es machen will, soll es machen. Wer es nicht machen will, wie wir im Landkreis Traunstein – wir haben vorher schon hervorragende Konzepte gehabt -, wird diesen Weg nicht gehen. Die Freiwilligkeit, der Anstoß und die Hilfe zur Selbsthilfe sind das Kernstück dieses Konzepts und dieses Weges. Deshalb ist es billig, sich um die Finanzierung nicht zu kümmern und einfach ein riesiges staatliches Programm zu fordern.

(Beifall bei der CSU – Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Das ist doch nicht billig!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Steiner, jetzt muss ich Sie darum bitten, zurückzukommen, weil schon lange eine Zwischenbemerkung angekündigt war, die ich leider übersehen habe. Herr Felbinger, bitte.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): (vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege, sind Sie mit mir der Meinung, dass die Bildungsregionen ein kontinuierlich wachsender Prozess sein sollen? Sie haben behauptet, dass das nur ein punktueller Prozess und quasi ein Angebot ist, das man wahrnehmen kann oder nicht. Meines Erachtens können die Bildungsregionen nur wachsen. Sie haben selber davon gesprochen, dass sie Strukturen bekommen müssen. Sie haben aber leider nichts dazu gesagt, wie

diese Strukturen aussehen sollen. Wir möchten mit unserem Antrag, dass Strukturen entweder finanzieller Art oder in Form von Personal geschaffen werden.

Klaus Steiner (CSU): Nein, das ist wieder der falsche Ansatz. Es geht darum, dass wir einen Anstoß geben. Es gibt in Bayern Regionen, die diese Strukturen bereits haben. Ich habe gerade meinen Landkreis als Beispiel genannt.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Wie funktioniert es denn dort?)

Wir haben bereits die Vernetzung zwischen den Kreishandwerksmeistern, den Berufsschulen, den Realschulen und den Mittelschulen. Neu mit dabei sind jetzt auch die Gymnasien. Wir sind zum Teil schon viel weiter. Der Ansatz des Ministeriums ist richtig. Wir müssen diese Strukturen anbieten. Wir haben im Übrigen acht Koordinatoren, die diesen Prozess sehr wohl begleiten. Wir haben diese Begleitung. Wir haben die staatliche Unterstützung durch die Koordinatoren.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Wer sollen denn diese Koordinatoren sein?)

Hier hilft es nichts, einen riesigen Topf aufzustellen. Der richtige Weg heißt Hilfe zur Selbsthilfe. Subsidiarität heißt das.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Bildungsland Bayern: Hilfe zur Selbsthilfe!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Steiner. Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Wild.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Steiner, ich glaube, Sie machen es sich zwar nicht in allen Bereichen, aber doch in weiten Teilen zu leicht. Sie sagen, eine Region kann das machen, oder sie kann es nicht machen. Dazu kann ich nur sagen: Entweder – oder! Wenn man die

Bildungsregionen ernst meint, wie es auch in Baden-Württemberg der Fall ist, können sie sehr sinnvoll sein. Davon bin ich überzeugt.

Welche Ziele sollen diese Bildungsregionen verfolgen? – Die Bildungsangebote sollen vernetzt werden, die Qualität soll steigen, und vor allem sollen sich die Lern- und Lebenschancen unserer Kinder und Jugendlichen verbessern. Das ist ein sehr hoher Anspruch, und darüber müssen wir sehr ernsthaft und sachlich diskutieren. Machen Sie sich einmal die Mühe und schauen Sie im Internet nach, welche großen Ziele Minister Spaenle verkündet hat. Eines seiner wichtigsten Wörter war das Wort "passgenau". Damit hat er festgehalten, dass es völlig unterschiedliche Regionen, unterschiedliche Schulangebote und unterschiedliche Stärken und Schwächen gibt. Wenn man dann die Angebote passgenau machen will, bedeutet es, dass man unterschiedliche Lösungen zulässt. Damit möchte ich das Selbstentscheidungsrecht der Kommunen, der Schulen und der Bildungsträger vor Ort schon noch einmal ganz deutlich in den Vordergrund rücken. Da gibt es bei Ihnen noch gewisse Schwachstellen.

Wenn man dann weitere Ziele ernst nimmt, wenn man sich ansieht, was mit dem fast schon missbrauchten Begriff der individuellen Förderung gemeint ist, muss man feststellen, dass ohne finanzielle Unterstützung nichts geht. Sie sagen, Sie wollen Schulstandorte weiterentwickeln. Das ist auch ein ganz großer Anspruch, den man sehr ernst nehmen muss. Daran zweifle ich aber immer, wenn ich daran denke, dass in Unterjoch plötzlich die Schule geschlossen werden soll. Letztes Jahr wurden die Leute im Ort noch ein bisschen hingehalten.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Das war auch ein Wahljahr!)

- Genau richtig, es war ein Wahljahr.

So viel zur Schulentwicklung und diesen wunderbaren Zielformulierungen. In der Tat – das kann man auch nachlesen – sind die Regionen, die das Gütesiegel bekommen, auch sehr stolz darauf. Wenn man aber den Auftrag des Vernetzens und die anderen

Ziele ernst nimmt, kann man nicht nur ideell unterstützen, sondern dann muss man auch materiell unterstützen.

Ich möchte jetzt das aufgreifen, was Kollege Fahn schon gesagt hat. Baden-Württemberg ist hier ein Vorbild. Die Baden-Württemberger nehmen es wirklich sehr ernst. Sie veranstalten Fachseminare und Symposien. Sie sind ernsthaft daran interessiert, ihre einzelnen Regionen nach vorne zu bringen. Erst vor Kurzem war bei einer großen Fachanhörung der einhellige Tenor: Wenn man die Ziele ernst nimmt, braucht man eine kontinuierliche personelle Unterstützung und auch eine kontinuierliche finanzielle Unterstützung.

Ich greife jetzt ein Beispiel heraus, das für Baden-Württemberg, aber genauso auch für Bayern gilt. Ich denke an den Übergang zwischen Schule und Beruf. Da gibt es große Defizite. Wenn man sich ernsthaft mit diesem Thema auseinandersetzt, muss man sich die Frage stellen, wo, was und wie die jungen Menschen lernen, welche Unterstützung sie brauchen, welche Rahmenbedingungen sie brauchen und wie alles aufeinander abgestimmt werden muss, damit die Angebote richtig greifen. Dann könnte man zu der Konsequenz oder der Forderung kommen, dass für diese Schülerinnen und Schüler ein Unterstützungssystem installiert werden muss, was ganz einfach nicht ohne finanzielle Unterstützung möglich ist. Das Gleiche könnte man für die Kindertagesstätten und die Sprachförderung sagen. Hier ließen sich viele weitere Beispiele anführen.

Herr Kollege Steiner, Sie sind mit mir sicherlich einer Meinung: Wenn man sieht, wie ernsthaft sich die Menschen vor Ort bemühen und wie motiviert sie sind, wäre es doch außerordentlich schade, wenn man die Ressourcen vor Ort nicht nützen und das ganze Engagement im Sande verlaufen ließe, weil man diese Bemühungen finanziell nicht unterstützen möchte.

Insofern werden wir dem Antrag zustimmen. Sie hatten das auch schon gesagt - ich glaube, Kollege Fahn, war es -, dass der Bayerische Städtetag davon gesprochen hat,

diese Bildungsregionen flächendeckend aufzubauen und dass dafür ein eigenes Förderprogramm gebraucht wird. Das können unsere Gemeinden und Kommunen nicht stemmen. Ich plädiere dafür, diesen Antrag zu unterstützen. Wir werden es tun.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Wild. – Der nächste Beitrag: Kolleg Gehring. Bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist erfreulich, dass wir uns mittlerweile alle in einer Position einig sind, die die GRÜNEN schon lange vertreten, nämlich dass wir möglichst viele Bildungsprozesse vor Ort gestalten müssen und es notwendig ist, unterschiedliche Bildungslandschaften zu gestalten. Die Bedingungen und Anforderungen vor Ort sind unterschiedlich. Die Beteiligten vor Ort wissen oft besser, wie das geht, als vielleicht irgendjemand in München.

Wir haben diese Situation aber nach wie vor. Ich denke an die Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Schularten. Wir haben in der Schulverwaltung eine Versäulung von der Schule nach oben zum Ministerium, aber wenig Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Schularten. Wir bräuchten aber viel mehr Zusammenarbeit, zum Beispiel zwischen den allgemeinbildenden Schulen und den beruflichen Schulen. Wir führen diese Diskussion vor allem deswegen, weil die Kommunen heute viel mehr machen als das, was ursprünglich ihre Aufgabe war. Sie sind nicht mehr nur Sachaufwandsträger, sondern sie kümmern sich um viele Dinge in der Schule, zum Beispiel im Ganztagsbereich, in der Jugendhilfe, aber auch in der Prävention. Deswegen hat es Sinn, dass die Beteiligten vor Ort zusammenarbeiten und eine regionale Bildungslandschaft gestalten, an der die außerschulischen Träger und die Wirtschaft beteiligt sind. Diesen Prozess, diese Diskussion haben wir seit Jahren. Wenn Baden-Württemberg genannt wird, brauchen Sie nicht immer Ihren Reflex zu aktivieren.

(Thomas Kreuzer (CSU): Doch!)

In Baden-Württemberg sind von der damaligen Kultusministerin Dr. Schavan zwei Modellversuche von Bertelsmann initiiert worden. Dass die jetzige Landesregierung das ausweitet, zeigt, dass dort ein guter Prozess in Gang ist.

Natürlich hat auch der bayerische Kultusminister das Thema erkannt und Bildungsregionen auf seine Agenda gesetzt. Wir haben jetzt Bildungsregionen in Bayern, die so aussehen: Es gibt einen Kriterienkatalog des Ministeriums, wonach Arbeitskreise zu bestimmten Themen gebildet werden müssen. Wenn man diese Arbeitskreise gebildet und die Aufgaben abgearbeitet hat, dann bekommt man das Signet oder den Titel "Bildungsregion" verliehen. Es ist ein Titel ohne Mittel; es ist ein Titel, der eigentlich nichts bringt; es ist ein Titel, der vor allem dafür geeignet ist, im Kultusministerium eine schöne Feierstunde abzuhalten, bei der man das Etikett überreicht.

Wenn Kollege Steiner sagt, wir in Traunstein brauchen das nicht, dann hat er damit vielleicht recht. Man kann das auch gut machen, ohne den Titel "Bildungsregion" zu bekommen. Wenn wir die Aufgaben der Bildungsregion aber ernst nehmen – das ist ein wichtiges Projekt, es wird insbesondere von der kommunalen Familie unterstützt, vom Städtetag, es gibt die Aachener Erklärung -, dann muss diese Bildungsregion auch Substanz haben. Jemand muss sich darum kümmern, man braucht ein Bildungsbüro, das entsprechend ausgestattet ist, um nachhaltige Arbeit zu leisten. Man braucht auch eine angemessene Finanzierung. –

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Kollege Gehring, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Thomas Gehring (GRÜNE): Gern.

Klaus Steiner (CSU): Kollege Gehring, sind Sie mit mir der Meinung, dass ein Landkreis das selber in die Hand nehmen kann? Ich frage deswegen, weil wir im Landkreis Traunstein dieses Konzept nicht ablehnen, sondern weil wir bereits vor sieben Jahren ein Konzept für Bildung und Infrastruktur ins Leben gerufen haben. Der Landkreis Traunstein nimmt etliche Millionen Euro in die Hand, um nicht nur umfassend Schulen

zu sanieren, sondern auch zu vernetzen. Für dieses Vernetzen von Bildungsangeboten brauchen wir keine staatlichen Mittel und keine Landkreismittel. -

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Kollege Steiner, stellen Sie die Frage bitte etwas kürzer!

(Zurufe von den GRÜNEN)

Klaus Steiner (CSU): Das ist kein Widerspruch zu dem Konzept der Staatsregierung.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Kollege Steiner, auch die Stadt Kempten ist beim Thema Bildungsregion seit Jahren sehr gut unterwegs. Kempten ist jetzt dennoch eine offizielle Bildungsregion, weil sie gesagt haben: Wenn wir das schon machen, dann wollen wir dafür auch den Titel.

Die Frage ist doch: Wie geht es weiter? Wie wird das flächendeckend unterstützt? Viele Aufgaben können wir ohne Bildungsregion und ohne mehr Engagement in diesem Bereich gar nicht lösen. Denken wir nur an das Thema Inklusion. Das geht nur, wenn die Beteiligten vor Ort zusammenarbeiten. Um das nachhaltig auf den Weg zu bringen, brauchen wir finanzielle Unterstützung für diese Bildungsregionen, und insbesondere dort, wo diese Strukturen noch nicht vorhanden sind. Wir brauchen – das ist bei diesem Antrag heute nicht das Thema – natürlich auch Kompetenzen für die Beteiligten vor Ort, damit sie tatsächlich eine Bildungslandschaft gestalten können. Nur Etiketten und Titel ohne Mittel zu verleihen, ist keine Bildungspolitik, die die Regionen tatsächlich stärkt.

Wir haben deswegen viel Sympathie für diesen Antrag der FREIEN WÄHLER. Wir müssen uns miteinander auf den Weg machen, wenn es uns damit ernst ist, diesen Bildungsregionen Mittel zur Verfügung zu stellen. Wir müssen ihnen aber auch die notwendigen Kompetenzen geben.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Gehring. – Für die Staatsregierung: Herr Staatssekretär Eisenreich. Bitte schön.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin froh, dass wir uns im Ziel einig sind, nämlich der Schaffung von Bildungsregionen. Ich glaube, dass die Vernetzung aller Beteiligten vor Ort, der Schulen, der Schulaufsicht, der Kommunen, der Kammern, der Hochschulen, der Volkshochschulen, der Stiftungen, der Betriebe und vieler weiterer Beteiligter bildungspolitisch einen enormen Mehrwert schafft. Weil das ein wichtiges Ziel ist, hat das Kultusministerium eine Initiative gestartet, um einen Anreiz zu geben, dass diese Vernetzung tatsächlich geschieht.

Es ist schon gesagt worden, was wir uns wünschen: Wir wollen, dass insbesondere die Übergänge verbessert werden, dass die Förderung für die Schülerinnen und Schüler verbessert wird, dass die Räumlichkeiten in der Region besser genutzt werden, vielleicht auch was Leerstände usw. betrifft. Wir wollen Ganztagsangebote und die Vernetzung schulischer und außerschulischer Angebote.

Ich bin froh, dass sich bereits rund 50 Landkreise und kreisfreie Städte auf den Weg gemacht haben. An 16 konnten wir das Siegel "Bildungsregion" schon verleihen. Das Kultusministerium unterstützt diesen Prozess. Es gibt 8 Koordinatoren, die die Landkreise unterstützen.

Jetzt geht es wie oft um die Ressourcen. Ich will nicht verschweigen, dass mehr Ressourcen immer wünschenswert sind. Aber alle oder fast alle Beteiligten von denen, die ich hier genannt habe, haben im Bereich der Bildung Zuständigkeiten, und fast alle haben Ressourcen, und zwar viele. Es muss doch auch möglich sein, zu überlegen, wie vorhandene Ressourcen und Zuständigkeiten effizienter und nachhaltiger eingesetzt werden können, wie man aus Vorhandenem einen Mehrwert schafft. Das erreicht man mit diesen Bildungsregionen. Ich verstehe die Forderung, noch mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Man kann aber auch mit den vorhandenen Ressourcen und Zu-

ständigkeiten der Beteiligten einen echten Mehrwert schaffen, wenn man die Vernetzung vorantreibt. Das ist übrigens eine Aufgabe in allen Bereichen der Politik, der Gesellschaft und auch der Wirtschaft. Die Vernetzung bringt einen echten Mehrwert. Es muss möglich sein, die vorhandenen Finanzmittel gezielt und mit Mehrwert und Effizienz einzusetzen, anstatt nach mehr Geld zu rufen.

Wenn man nach Baden-Württemberg schaut – damit möchte ich abschließen –, sieht man, dass dieses Land in der Bildungspolitik wirklich kein Vorbild ist. Lieber Kollege Thomas Gehring, ich kann es euch nicht ersparen: Ein Bundesland, das wie Bayern wohlhabend ist, hat angekündigt, über 10.000 Lehrerstellen zu streichen, und hat bereits über 2.000 Stellen gestrichen. So wie wir es machen, mehr Geld und mehr Lehrer, das ist der richtige Weg, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU – Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Stellen streichen und es nicht sagen! Das macht ihr!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Moment, Herr Staatssekretär. – Vielen Dank für Ihren Redebeitrag. Jetzt kommt noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Felbinger.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): (vom Redner nicht autorisiert) Herr Staatssekretär, Sie haben gesagt, wir sind uns im Ziel einig, diese Bildungsregionen zu gestalten. Sie haben aber auch gesagt, dass das Ziel sein soll, die Ressourcen möglichst effizient einzusetzen. Sagen Sie damit im Umkehrschluss, dass die Ressourcen im bayerischen Bildungssystem momentan nicht optimal eingesetzt sind?

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Nein, das habe ich damit nicht gesagt. Aber durch die Vernetzung von Beteiligten, durch das Miteinander-Reden und durch das Sich-an-Runden-Tischen-Zusammensetzen kann jeder mit den Zuständigkeiten, die er hat, und den Ressourcen, die er momentan in seinem Bereich ausgibt, einen echten Mehrwert schaffen. Niemand kann doch wirklich bestreiten, dass man

mit dem, was da ist, etwas Besseres erreicht. Genau das ist das Ziel der Bildungsregionen.

Sie können sich die Bildungsregionen anschauen. Ich war selber schon in einigen und habe die Siegel verliehen. Sie haben dadurch, dass sie Runde Tische gemacht und miteinander geredet haben – viele haben Arbeitskreise eingerichtet-, mit den vorhandenen Strukturen, den vorhandenen Kompetenzen und dem vorhandenen Geld einen echten großen Mehrwert für die Region geschaffen. Das ist genau das, was wir wollten, und das unterstützen wir auch weiterhin.

Mehr Geld ist, wie gesagt, immer wünschenswert. Aber wir müssen uns noch viel, viel mehr überlegen, wie mit dem, was da ist, einfach mehr zu erreichen ist. Das ist auf jeden Fall eine gute Initiative, die das anstoßen kann.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer dem Antrag entgegen dem Ausschussvotum zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte! – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.